

Union macht Energiepolitik zum Thema für die Bundestagswahl

Arbeitsgruppe erarbeitet Vorschläge - SPD schimpft über "Atom-Sekte"

SVEN AFHÜPPE | BERLIN Die politische Auseinandersetzung über die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland wird zum zentralen Thema für den Bundestagswahlkampf 2009. Die Union hat angesichts der hohen Energiepreise eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis September nationale und internationale Handlungsmöglichkeiten aufzeigen soll. "Die Energiepolitik ist im Zentrum der Politik angekommen und wird auch ein wichtiges Wahlkampfthema sein", sagte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU, Norbert Röttgen. Wie Röttgen setzt auch der CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer auf längere Laufzeiten der Atomkraftwerke in Deutschland. Die SPD lehnt die Forderungen der Union kategorisch ab.

Die aktuelle Debatte um die Zukunft der Energiepolitik droht damit zu einer weiteren Belastungsprobe für die Große Koalition zu werden. Zwar haben sich Union und SPD im Koalitionsvertrag auf einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland verständigt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in den vergangenen Wochen immer wieder zu verstehen gegeben, dass sie einen Verzicht auf die Kernenergie mit Blick auf die steigenden Energiepreise und die Klimaschutzziele in Europa für den falschen Weg hält. Anfang der Woche hat der Bundesvorstand der CDU zudem ein Grundsatzpapier verabschiedet, in dem eine Verlängerung der Laufzeiten von sicheren Kernkraftwerken gefordert wird.

CDU-Fraktionsgeschäftsführer Röttgen erklärte, dass sich die Union bei der Frage des Atomausstiegs im Bundestagswahlkampf klar von der SPD abgrenzen werde. Keine Partei könne es sich angesichts der Klimaveränderungen, der Abhängigkeit vom Öl und unablässig steigender Energiepreise leisten, bei der Energiepolitik eine ideologische Position einzunehmen. "auch nicht die Grünen und auch nicht die SPD", sagte Röttgen. Energiepolitik müsse sich an drei Kriterien messen lassen: Klimaverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Preisen, Sicherheit. Vor diesem Hintergrund sei die Atomenergie auf absehbare Zeit unverzichtbar. Ein sicheres Kernkraftwerk vorzeitig abzuschalten, mache deshalb keinen Sinn.

CSU-Landesgruppenchef Ramsauer betonte, es gehe der Union nicht um den Neubau, sondern allein darum, den 17 bestehenden Atomkraftwerken etwas längere Laufzeiten einzuräumen. "Ich glaube deshalb, dass sich die SPD bei dem Thema wieder entkrampft", sagte Ramsauer.

Danach sieht es jedoch nicht aus. Wegen der Forderung nach längeren Atomlaufzeiten hat die SPD die Union scharf angegriffen. "Die CDU/CSU verkommt zu einer Atomsekte", übte der SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber harsche Kritik. Wie alle "obskuren, religiösen Sekten" trage sie ein Glaubensmantra vor sich her. Ob nun der Benzinpreis steige oder die Gaspreise - immer falle der Union nur ein, die Atomkraftwerke

länger laufen zu lassen. Auch der jüngste Vorschlag, die Gewinne aus längeren Laufzeiten zur Finanzierung von Sozialtarifen zu verwenden, sei verfehlt. Die Betreiber der Atomkraftwerke hätten dies schon abgelehnt. Tatsächlich seien in den Bundesländern mit hohem Anteil von Atomstrom die Strompreise besonders hoch. "Wenn CDU und CSU nichts anderes einfällt, dann freuen wir uns auf einen Atomwahlkampf", sagte Kelber.

Unter der Leitung von Fraktionschef Volker Kauder und CSU-Landesgruppenchef Ramsauer will die Union in den nächsten Monaten ein energiepolitisches Programm erarbeiten. Dazu würden auch externe Experten um Rat gebeten, sagte CDU-Fraktionsgeschäftsführer Röttgen. Dabei denkt die Union auch an Entlastungen für alle Bürger, die durch die Energiepreisverteuerung belastet werden. Nach Angaben von Ramsauer zählten dazu die Privathaushalte, Berufspendler und Spediteure. Innerhalb der Energie-Arbeitsgruppe soll zudem über den unionsinternen Streit um die Pendlerpauschale verhandelt werden.

Der SPD-Parteivorstand hatte Anfang der Woche eine Arbeitsgruppe zu den steigenden Energiepreisen eingesetzt. Unter der Leitung von Fraktionschef Peter Struck soll ein Gesamtkonzept zur Sicherung des Energiebedarfs erstellt werden. Gleichzeitig sollen Vorschläge gemacht werden, wie die Bürger vor dem dramatischen Preisanstieg geschützt werden können.